



Koblenz – Magnet am Deutschen Eck:
Die Stadt zum Bleiben.

Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0066/2012		Datum:	10.09.2012			
Verfasser:	02-SPD-Ratsfraktion	Az:					
Gremienweg:							
27.09.2012	Stadtrat	☐	einstimmig	☐	mehrheitlich	☐	ohne BE
		☐	abgelehnt	☐	Kenntnis	☐	abgesetzt
		☐	verwiesen	☐	vertagt	☐	geändert
	TOP		öffentlich	☐	Enthaltungen	☐	Gegenstimmen
Betreff:	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Vergabe von Gutachten und gutachterlichen Stellungnahmen						

Beschlussentwurf:

Der Rat möge beschließen,

die Verwaltung wird beauftragt, Verfahrensschritte zu erarbeiten, die die bisherige Praxis der häufig unkontrollierten Vergabe von Gutachten und gutachterlichen Stellungnahmen zukünftig unterbindet. Diese sollen den entsprechenden Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Begründung:

Im Rahmen der Entwicklung von Projekten jeglicher Art stößt man immer wieder auf Aussagen von Gutachten und gutachterlichen Stellungnahmen, ohne dass ersichtlich wird, wer, wann, zu welchen Kosten diese Leistungen in Auftrag gegeben hat. Es entsteht der Eindruck, dass diese Vorgehensweise als sogen. „Geschäft der laufenden Verwaltung“ gesehen wird. Nicht selten ist der daraus gewonnene Erkenntniswert minimal oder nicht vorhanden.

Gerade im Bereich des Baudezernates wurden Gutachten zu verschiedensten Fragestellungen in Auftrag gegeben, ohne dass diese Gutachten zeitnah in den Verfahrensprozess eingebracht wurden. Häufig ist es vorgekommen, dass solche Gutachten und Stellungnahmen in Schubladen „verschwunden“ sind und nach Jahren juristisch und auch praktisch wertlos waren.

Diese Vorgehensweisen verursachen nicht unerhebliche Kosten. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung sind diese Verfahrensschritte transparenter zu gestalten und zukünftig in Zusammenarbeit mit den Beschlussgremien zu vollziehen.